

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riefa,
Fennur Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Weißerhofs bestimmes Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1500.
Verleger:
Riefa Nr. 52.

Nr. 217.

Donnerstag, 17. September 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen des Lohns und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Anzeigenbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irrtümlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Riefa.

Goldstandard.

Vom Kern der Dinge.

Bei der Unternehmung über die Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise kommen die Diplomaten, die Staatsmänner und die Wirtschaftsführer immer wieder auf das Goldproblem zurück. Es ist doch so! Am Golde hängt, nach dem Golde drängt doch alles. Wie zutreffend das ist, ergibt wiederum die Generalausfrage über den neuen englischen Haushalt, die soeben im englischen Unterhaus beendet wurde. Mr. Graham, der im letzten Kabinett MacDonald Handelsminister war, glaubte, daß die Weltwirtschaft nur gesunden kann, wenn eine gründliche und endgültige Revision der ganzen Reparations- und Kriegsschuldenfrage durchgeführt wird. Wir verpflichten ihm hierin vollkommen bei, sind aber der Auffassung, daß damit leider im nächsten halben Jahr nicht zu rechnen ist. Dieses Problem ist erst mit Erfolg anzupacken, wie die ganze ökonomische Welt weiß, wenn in England Neuwahlen stattgefunden haben, wenn der internationale Abrüstungs-Kongress, der am 3. Februar zu Genf zusammentritt, beendet ist, wenn im nächsten Frühjahr die französische Kammer neu gewählt ist, wenn die Amerikaner im nächsten Herbst einen neuen Präsidenten gewählt haben und dieser Präsident im Frühjahr des übernächsten Jahres in das Weiße Haus zu Washington eingezogen ist. Diese Ueberlegungen zeigen deutlicher als lange Reden, wie begründet die einmütige Auffassung der amerikanischen Bankführer ist, das Hoover-Memorandumjahr 1931 auf 1932 zu verlängern und vier oder fünf Jahre hindurch alle Kriegs- und Reparations-schulden zu frunden.

In der Zwischenzeit dürfte sich auch Gelegenheit finden, das Goldproblem zu lösen. Mr. Graham hat völlig Recht, wenn er das feste Festhalten an einem Goldstandard als die zweite Ursache unserer Weltwirtschaftskrise bezeichnet, der durch das Abschieben von Gold aus einem Teil der Welt und seine Ansammlung in einem anderen Teile sich selbst abjurndum führt. Im übrigen wäre auch die Ansammlung von Gold in den Vereinigten Staaten Nordamerikas und in Frankreich eine direkte Folge der Reparations- und Kriegsschuldenpolitik, der sich die übrigen Länder unterworfen hätten.

Noch anschaulicher ging der frühere Schatzkanzler Churchill der Goldstandardpolitik zu Leibe. Nicht der Goldstandard als solcher ist schlecht, erklärte Churchill am Dienstag im Unterhaus, sondern die Politik einiger Länder, die vom Goldstandard leben und ihn gleichzeitig durch ihre eigenen Maßregeln zugrunde richten. Fast ein Drittel des gesamten Goldbestandes der Welt hat sich in Frankreich angehäuft. Wäre dieses Gold produktiv, lässe es in die Wirtschaft goldarmer Länder zurück, so wäre es an und für sich gleichgültig, wenn das Gold tatsächlich gebürt. Wie die Dinge heute liegen, sind die riesigen Goldmengen in Wirklichkeit unproduktiv. Sie besteuern für die Weltwirtschaft ebensowenig Nutzen, als wenn sie nie ausgegraben worden wären. Was hat es auch für einen Sinn, das Gold aus einigen Gruben zu graben, um es dann in zwei großen Lagern, in Frankreich und U.S.A., wieder zu vergraben? Geschieht dies, dann muß eine derartige Goldpolitik letztlich zur Rückkehr zum Tauschhandel führen. In der Tat hat eines der beiden goldhorrigen Länder, die Vereinigten Staaten Nordamerikas, bereits ein solches Tauschgeschäft mit Brasilien gegen Kaffee gemacht, so daß man sagen kann, Amerika habe zwei Währungsstandarde: einen Goldstandard und einen Kaffee-Standard.

Der alte Schatzkanzler Churchill hat mit seinen Ausführungen nicht Unrecht. In der kapitalistischen Ära hatte das Gold als Basis der herrschenden Währung eine dreifache Funktion. Es war allgemeiner Wertmesser, es war die Basis aller Tauschmittel und das Fundament des internationalen Kreditwesens. Durch die Goldhortung der Bank von Frankreich und der amerikanischen Banken, deren Ursachen hier sekundärer Art sind, hat das Gold seine natürlichen Funktionen im kapitalistischen System teilweise heute schon ganz verloren und läuft Gefahr, auch noch den Rest einzubüßen. Deswegen ist auch die Anregung Churchills, die britische Regierung möge unverzüglich eine internationale Konferenz einberufen, in der die ganze Frage des Goldstandards und seine Rückwirkungen auf Wirtschaft und Handel untersucht und geregelt werden, überaus zeitgemäß.

Man glaube nicht, daß wir Deutsche, die wir infolge des verlorenen Krieges und einer geradezu unmöglichkeit Reparationspolitik der Gläubigermächte unter der Weltwirtschaftskrise besonders schwer leiden, daran ausschließ-lich interessiert sind. Aus der ganzen Wirtschaft Europas ertönen SOS-Rufe. Jedes Land steht sich genötigt, seinen Haushalt in Ordnung zu bringen, und selbst das goldgelegene Frankreich hat in seinem Haushalt eine Unterbilanz wie noch nie. Die Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden, hat einen geradezu revolutionären Charakter. Wer daran zweifelt, mag einmal die englische Presse studieren. Er wird mit Staunen in den Londoner "Times" lesen: "England kann nie wieder seinen früheren Außenhandel zurückerobern". Aber auch Japan leidet unter ihren Auswirkungen, obwohl die Krise erst begonnen hat, in die japanische Volkswirtschaft einzumarschieren. Schon gibt es in Japan eine halbe Million Arbeitsloser, der ganze Außenhandel erlahmt und die Ausfuhr nach China und Indien hat jetzt schon gewaltige Einbußen zu verzeichnen. Die japanische Kaufmannschaft rechnet damit, daß die Exportindustrie in den nächsten Monaten unter dem Rück-

Finanz- und Sozial-Probleme vor dem Reichskabinett.

Die Nachsitzung des Reichskabinetts. — Heute Rücksprache mit dem Sachverständigenausschuß. Aenderung des Etatjahres.

Berlin. (Zuspruch.) Wie wir erfahren, dauerte die Nachsitzung des Reichskabinetts bis gegen 1 Uhr. Die Frage der Bankenaufsicht war schon in der Nachmittags-sitzung soweit zu Ende gebracht worden, daß es nur noch auf Kleinigkeiten in der Formalisierung ankommt. Das Kabinett hat sich dabei entschlossen, den Gedanken eines Beirates der Privatbanken fallen zu lassen. Es ist möglich, daß diese Frage der Bankenaufsicht von den übrigen Plänen abgetrennt und die entsprechende Notverordnung noch in dieser Woche veröffentlicht wird. Zunächst soll aber auch hierüber, wie über die Gesamtpläne des Kabinetts, heute noch einmal mit dem Renner-Ausschuß aus Bank und Industrie gesprochen werden. Dabei wird auch die allgemeine Finanz- und Wirtschaftslage erörtert, die in der Nachsitzung des Kabinetts Gegenstand einer eingehenden allgemeinen Aus-sprache bildete. Es ist anzunehmen, daß in diesem Rahmen auch die Verschiebung des Beginns des Etatjahres zum ersten April auf den 1. Juli behandelt worden ist. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. In unterrichteten Kreisen rechnet man nun aber damit, daß die Aenderung des Etat-jahres kommt, da sie die ganze Etat- und Finanzpolitik des Reiches erleichtern und übersichtlicher gestalten würde.

Dauerberatungen des Reichskabinetts.

Berlin. Das Reichskabinett setzte am Mitt-woch die Aussprache zunächst über die Bankenaufsicht und die damit zusammenhängenden Fragen fort. Für die Beratungen der Reichsregierung sind auch noch die übrigen drei Tage dieser Woche in Aussicht genommen, da das ge-samte Winterprogramm der Regierung jetzt fertiggestellt

werden soll. Dazu gehört auch noch der Stützungsplan des Reichsfinanzministers für die Arbeitslosen am Rande der Großstädte und die Sanierung der Arbeitslosenver-sicherung. Weiter sind heranzuziehen die Aenderung des Aktienrechts, Maßnahmen auf dem Gebiet der Kartell- und Rollpolitik und die Reform der Hauszinssteuer. In nah-gehenden Kreisen rechnet man damit, daß die Beratungen im Kabinett auch in dieser Woche noch nicht beendet wer-den können, sondern daß unter Umständen auch noch die ganze nächste Woche mit Einzelberatungen der zahlreichsten Probleme ausgefüllt sein wird. Jedenfalls hat die Rege-rung die Absicht, ihr Programm, das in einer Reihe von Notverordnungen dekretiert wurde, als Ganzes erst nach Klärung aller Einzelheiten zu veröffentlichen. Auch die Ernennung des Bankkommissars, wahrscheinlich des preußi-schen Ministerialdirektors Ernst, dürfte erst gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Notverordnungen erfolgen.

Vorher dem Winterprogramm drängt auch die Frage der Leitung des auswärtigen Amtes. Denn die Rege-rung muß sich darüber schlüssig werden, ob sie Dr. Curtius halten will, ehe der Reichstag am 13. Oktober wieder zu-sammentritt. Um Dr. Curtius dürfte es sich auch in der Be-sprechung gehandelt haben, die der Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, am Dienstag mit dem Reichs-kanzler und dem Zentrumsführer Dr. Raas gehabt hat. Dr. Brüning scheint fest entschlossen zu sein, zunächst das Ergebnis der Center Verhandlungen abzuwarten. Bis dahin wird auch die Deutsche Volkspartei sich noch gebulden müssen. Dr. Curtius selbst soll erklärt haben, er halte sich nicht für abhängig von Beschlüssen seiner Fraktion. Auch das nötigt die Volkspartei vorläufig noch zur Zurück-haltung.

Der österreichische Landbund zum Heimwehrputsch.

* Wien. Der Landbund für Oesterreich erläßt einen von seinem Obmann, Landesstellvertreter Schump, unterzeichneten Aufruf, der zu den Ereignissen vom Sonntag Stellung nimmt, die gegen die Heimwehren gerichtete Ein-stellung des Landbundes aus diesen Ereignissen heraus als gerechtfertigt erklärt und den Putsch in schärfster Weise verurteilt.

In dem Aufruf heißt es u. a.: Priemers Umsturzplan kann nicht als Versuch einer nationalen Erneuerung be-zichnet werden. Wer sich mit reaktionären schwarz-gelben Fürsten und Grafen verbindet, hat den Anspruch verloren, ein nationaler Führer zu sein. Trotz der Warnungen des Landbundes sind in den letzten Jahren Tausende der unglücklichen Führung Dr. Priemers gefolgt. Viele Anhänger der Heimwehrschützen haben sich im Vertrauen auf ihre Führung in den letzten Jahren, besonders aber am Sonntag schweren Gefahren ausgesetzt und große persön-liche Opfer gebracht. Der Führer hat sie jedoch in der ent-scheidenden Stunde durch seine Flucht ins Ausland im Stich gelassen. Gewiß wird der Landbund dafür eintreten, daß gegen die irreguläre Anhängerschaft nicht mit voller Härte vorgegangen wird, dagegen wird die geistigen und militärischen Führer, die Schuldigen und die Verantwort-lichen, die volle Strenge des Gesetzes treffen müssen. Der Landbund gibt der Erwartung Ausdruck, daß die schuldlose Anhängerschaft des Heimwehrschutzes im Landvolk nach diesen großen Irrungen wiederum auf den rechten Weg zurück-findet. Zum Schluß wird in dem Aufruf auf die vor einigen Tagen in einer Vertrauensmännerversammlung der Sozial-demokratie aufgestellte Forderung nach Ausbau des Schutzbundes hingewiesen, der folgende eigene Forderung gegen-übergestellt wird: Die Forderung der Sozialdemokratie auf Ausbau des Schutzbundes gefährdet den inneren Frieden, da ein einseitiger Selbstschutz für das Bauern- und Bürger-tum unerträglich ist. Der Landbund legt dem die Forde-rung entgegen: Auflösung aller Selbstschutzverbände und Ersatzung der Miliz, da nur eine geeichtete Staatsmacht einzig und allein die Ruhe und Ordnung verbürgt.

Ob der Landbund seine Forderung nach Auflösung aller Selbstschutzverbände politisch durchsetzen kann, steht noch dahin. Die Sozialdemokraten möchten natürlich den Schutzbund für sich behalten und möglichst noch ausbauen. Die Christlich-Sozialen sind gänzlich abgeneigt, die ihnen be-sonders nachstehenden Teile der Heimwehren aufzugeben. Die Parteipresidenten der zuständigen Ministerien sind aller-dings beauftragt, einen Gesetzentwurf zum Schutz der Republik auszuarbeiten, nach dem eine derartige Auflösung möglich wäre. Einsteilen ist es aber auch noch nicht zu-

einem Referentenentwurf gekommen. Jedenfalls werden keine Verfügungen getroffen werden, ehe Bundeskanzler Buresch aus Genf zurück ist.

Dr. Priemer über die Ursachen des Mißlingens des Heimwehrputsches.

* Belgrad. Die "Pravda" veröffentlicht eine Unterredung ihres Sonderberichterstatters mit dem Führer des mißglückten Heimwehrputsches Dr. Priemer. Die Unterredung, für die dem Blatt die Verantwortung über-lassen werden muß, fand in der südslowenischen Grenzstadt Marburg an der Draa statt. Dr. Priemer zeigte sich dem Blatt zufolge über die jüngsten Ereignisse sehr niederge-schlagen und erbittert. Auf die Frage des Berichterstatters, warum der Putsch mißlungen sei, habe Priemer erklärt, daß die Dinge in Oesterreich heute ganz anders stehen würden, wenn nicht Bertaas geübt worden wäre. Die höch-stliche Rolle habe Baron Frank gespielt, der einerseits in alle Pläne der Heimwehren eingeweiht gewesen sei, ander-erseits aber mit der Regierung in Verbindung geblieben habe. Die Hauptursache des Mißerfolges sei sein Verrat gewesen. Wir verfügen in Steiermark, so fuhr Priemer fort, über 10 000 zu allem entschlossene Männer und unsere erste Absicht war die Durchführung eines konzentrischen Angriffes auf Graz, weshalb wir Obersteiermark bis zum Semmering besetzten. In Graz hatten wir Verbindung mit militärischen Kreisen, die ins Vertrauen gezogen waren. Im Falle eines Anfangserfolges sollten diese Militärs unsere Aktion unterstützen. Der weitere Plan lag im Verein mit der niederösterreichischen Heimwehr den Marisch auf Wien vor. Starhemberg in Oberösterreich hatte nur die Rückendeckung zu bilden für den Fall, daß die Regierung im Salzburg-Gebiet Mobilmachung ange-ordnet hätte. Mit Tirol bestand infolge der großen Ent-fernung keine Verbindung. Nach der Einnahme von Graz sollte die Blockierung von Wien erfolgen. Wir waren dort auf Hindernisse gefaßt und wären im Falle von Schwierig-keiten auch einem Kampf großen Stiles nicht ausgewichen. Aber die Aktion mißlang, weil die Militärkreise nicht ge-nügend von der Notwendigkeit des Putsches überzeugt waren. Dr. Priemer schloß mit der Feststellung, daß die Heimwehr vielleicht verfrüht losgeschlagen habe, daß sie aber dazu durch die Entwicklung der außenpolitischen Ver-hältnisse gezwungen worden sei.

gang der Ausfuhr gerade nach den beiden soeben genannten Ländern schwer leiden wird. Die Regierung und die Presse des Landes fordern daher, daß die öffentlichen Ausgaben

auf allen Gebieten gedrosselt werden und umfassende Sparmaßnahmen einsehen. Für die armen Mitteleuropäer sind das keine Neuligkeiten.